

Landkreis Dahme-Spreewald

Der Landrat



Landkreis Dahme-Spreewald, Reutergasse 12, 15907 Lübben (Spreewald)

Herrn
Dipl.-Ing. Wolfgang Borowski
Ansgarstraße 6
13465 Berlin

Amt:	Bauordnungsamt
Anschrift:	Bauleit- und strategische Planung Brückenstraße 41 15711 Königs Wusterhausen
Bearbeiter/in:	Frau Böttcher
Zimmer:	111
Vermittlung:	03375-26-0
Durchwahl:	03375-26-2394
Fax:	03375-26-2375
E-Mail*:	bau_planung@dahme-spreewald.de
Aktenzeichen:	40216-20-633
Datum:	20.10.2020
Ihr Schreiben vom:	16.09.2020
Ihr Zeichen:	
Posteingang:	21.09.2020

Stellungnahme im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB¹

Amt Schenkenländchen, Gemeinde Münchehofe, Gemeindeteil Hermsdorf Bebauungsplan "Mühlenweg" im beschleunigten Verfahren gemäß § 13b BauGB

eingereichte Unterlagen:

- Anschreiben Dipl.-Ing. W. Borowski vom 16.09.2020
- Bebauungsplan im Maßstab 1 : 1.000 - Entwurf, Stand Juni 2020
- Begründung - Entwurf, Stand Juni 2020

Sehr geehrter Herr Dipl.-Ing. Borowski,

die o. g. Unterlagen zum Entwurf des Bebauungsplanes wurden zur Kenntnis genommen. Es ergeht nachfolgende Stellungnahme gemäß § 4 Abs. 2 BauGB.

Untere Naturschutzbehörde gemäß BNatSchG², BaumSchutzV LDS³

☐ Keine Einwände

☒ Einwände

1. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können

a) Einwendung:

Entgegen der Erläuterungen unter Punkt 1.7 der Begründung findet sich, in der den Mühlenweg auf seiner nördlichen Seite begleitenden Gehölz- und Strauchformation, ein nach § 29 BNatSchG (i. V. m. § 3 Abs. 1 Nr. 5 und 6 BaumSchV LDS bzw. § 2 Satzung der Gemeinde Münchehofe zum Schutz von Bäumen, Hecken und Sträuchern, folgend Baumschutzsatzung benannt) geschützter Landschaftsbestandteil.

- b) Rechtsgrundlage: § 29 BNatSchG i. V. m. § 3 Abs. 1 Nr. 5 und 6 BaumSchutzV LDS bei noch nicht geltendem Bebauungsplan;
§ 2 Baumschutzsatzung der Gemeinde Münchehofe bei Inkrafttreten des Bebauungsplanes

Hauptsitz Reutergasse 12 15907 Lübben (Spreewald) Postanschrift Postfach 14 41 15904 Lübben (Spreewald)	Verwaltungsstandorte in 15907 Lübben (Spreewald) Beethovenweg 14 Weinbergstraße 1 Hauptstraße 51 Logenstraße 17 15926 Luckau Nonnengasse 3	Verwaltungsstandorte in 15711 Königs Wusterhausen Brückenstraße 41 Schulweg 1 b Fontaneplatz 10 Zeesen Karl-Liebkecht-Straße 157	Bankverbindung Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam IBAN: DE22 1605 0000 3681 0244 47 BIC: WELADED1PMB	Internet www.dahme-spreewald.de E-Mail post@dahme-spreewald.de * Die genannten E-Mail Adressen dienen nur dem Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung.
--	--	---	---	---

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung:

In der Begründung ist auf die betroffene Heckenstruktur einzugehen und die grundsätzlichen Auswirkungen der Planvorhaben auf diese, insbesondere auf einen möglichen Erhalt, darzustellen. Mögliche Ausnahmen nach § 7 Abs. 1 BaumSchutzV LDS vor Inkrafttreten des Bebauungsplanes bzw. § 5 Baumschutzsatzung der Gemeinde Münchehofe nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes sowie deren Kompensationsmöglichkeiten sind aufzuzeigen.

Ist im Rahmen der Überplanung durch den Bebauungsplan nachvollziehbar begründet, dass keine Erhaltung der Heckenstrukturen möglich und eine Beseitigung zur Erschließung der Bebauungsplanflächen erforderlich ist, so ist die Kompensation im Rahmen der Aufstellung des Bauleitplanes vor dem Hintergrund der BaumSchutzV LDS zu regeln und im Bebauungsplan festzusetzen.

Erfolgt die künftige, begründet unvermeidbare Beseitigung der Heckenstruktur im Rahmen der Baufeldfreimachung für konkrete nachfolgende Einzelbauvorhaben, so ist die Kompensation auf Basis der Baumschutzsatzung der Gemeinde Münchehofe innerhalb des regulären Baugenehmigungs-/Anzeigeverfahrens zu regeln.

2. Fachliche Stellungnahme

Bei der betreffenden Gehölzstruktur handelt es sich um eine, im zentralen Bereich ca. 20 m lange und rund 2,20 m hohe, mäßig dichte Hecke aus Pfaffenhütchen, Kiefer, Eiche und angrenzenden Obstgehölzen, welche sich auf der nördlichen Seite des Mühlenweges im Plangebiet befindet. Vom zentralen Bereich ausgehend dünnt die Hecke nach Osten und Westen stark aus. Die vorhandene Gehölzstruktur genügt sowohl der Definition der BaumSchutzV LDS als auch der Definition der Baumschutzsatzung der Gemeinde Münchehofe für eine geschützte Hecke.

Aufgrund der Breite der Struktur, deren homogene Alterszusammensetzung und der vorhandenen Arten ist zudem von einer gezielten Pflanzung im Rahmen einer früheren Kompensation auszugehen, so dass über den Heckenstatus hinaus für die oben genannte Baumschutzverordnung und Baumschutzsatzung jeweils auch ein Schutzstatus als Kompensationspflanzung anzunehmen ist.

Die betreffende Gehölzstruktur ist daher sowohl bei einer Außenbereichslage über die BaumSchutzV LDS als auch bei einer künftigen Lage im Bebauungsplan über die Baumschutzsatzung der Gemeinde Münchehofe als Hecke und möglicherweise als Kompensationspflanzung geschützt.

- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☒ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde ist die Plangebietsfläche entgegen der Darstellung in Punkt 1.6.2 der Begründung nicht Teil der historisch gewachsenen Struktur der Ortschaft, sondern tatsächlich als künftiger, das Landschaftsbild beeinflussender Fremdkörper außerhalb des Ortes zu betrachten. Die über den Bebauungsplan vorbereiteten Wohngebäude schließen an die der Ortschaftsbebauung nach hinten verlagerten Nebengebäude, Gartennutzung und Obstbaumbestände an. Die an diesen, durch eine Gartennutzung geprägten Ortsrand zukünftig angrenzende Wohnbebauung stört das im Bereich Hermsdorf noch nahezu unbelastete Landschaftsbild und zerstört das gewachsene Gefüge des Ortes. Die historische Siedlungsfläche orientiert sich bisher senkrecht zur Nord-Süd-Achse der zentralen Dorfstraße und wuchs bisher ausschließlich entlang der Dorfstraße, wobei nach Osten und Westen der besagte klassische Ortsrand entstand. Der Mühlenweg besteht seit Jahrhunderten als Verkehrsverbindung zur Hermsdorfer Mühle.

Im Dorfbereich entlang der Dorfstraße als Entwicklungsachse von Hermsdorf befinden sich noch etliche Baulücken, über welche in der Größenordnung des Bebauungsplanes alternative Wohnbauflächen erschlossen werden können (Innenentwicklung vor Außenentwicklung). Diese Bauflächen stehen dann auch im Einklang mit dem Landschaftsbild und den gewachsenen Ortsstrukturen.

Untere Wasserbehörde gemäß BauGB, BbgWG⁴, WHG⁵, AwSV⁶

☐ Keine Einwände

☒ Einwände

3. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können

a) Einwendung:

Zur Entsorgung des Niederschlagswassers wird lediglich unter Punkt 2.4.6. bemerkt: "Niederschlagswasser wird zurzeit standortnah versickert. Dieser Zustand soll beibehalten werden." Es fehlt jegliche Prüfung, ob das vor Ort möglich ist (Bodenverhältnisse, Grundwasserflurabstände, ausreichender Platz).

b) Rechtsgrundlage: § 1 Abs. 5 und 6 BauGB

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung:

Auf der Grundlage eines Bodengutachtens sind die Versickerungsverhältnisse im Plangebiet nachzuweisen.

4. Fachliche Stellungnahme

☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen

☒ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Entgegen der Aussage unter Punkt 2.4.4 und 2.4.6 der Begründung ist der Gemeindeteil Hermsdorf weder an die zentrale Trinkwasserversorgung noch an die zentrale Abwasserentsorgung des MAWWV angeschlossen. Dieser Sachverhalt ist in der Begründung zu berücksichtigen und die entsprechenden Angaben zur geplanten Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung sind in die Begründung aufzunehmen.

Vor der Errichtung von Trinkwasserbrunnen (zu beantragende Erlaubnis bei der unteren Wasserbehörde und Beprobung durch das Gesundheitsamt des Landkreises) sind die Abstände zu künftigen und bestehenden Abwassersammelgruben (mindestens 25 m) bzw. den Versickerungsanlagen von Kleinkläranlagen (mindestens 50 m) zu prüfen.

Der Bau und Betrieb des Regenentwässerungssystems hat nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik (DWA-Regelwerk, Arbeitsblatt DWA-A 138 "Planung, Bau und Betrieb von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser" vom April 2005) zu erfolgen.

Nach § 54 Abs. 3 BbgWG ist die Flächenversiegelung möglichst gering zu halten. Niederschlagswasser von Dach- und Betonflächen, von denen eine Verunreinigung ausgeschlossen werden kann, ist unter Berücksichtigung von Standortbedingungen nach § 54 Abs. 4 BbgWG möglichst auf dem Grundstück zu versickern.

Gewässerbenutzungen (Niederschlagseinleitungen, Grundwasserentnahmen z. B. während der Bauphase) bedürfen gemäß § 8 WHG i. V. m. § 9 WHG der behördlichen Erlaubnis.

Nach § 56 BbgWG sind Erdaufschlüsse (Brunnen/Wärmepumpen) anzeigepflichtig.

Gemäß § 62 WHG müssen Anlagen zum Lagern, Abfüllen, Herstellen und Behandeln wassergefährdender Stoffe sowie Anlagen zum Verwenden wassergefährdender Stoffe im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und im Bereich öffentlicher Einrichtungen so beschaffen sein und so errichtet, unterhalten, betrieben und stillgelegt werden, dass eine nachteilige Veränderung der Eigenschaften von Gewässern nicht zu besorgen ist. Die AwSV ist zu beachten.

Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde gemäß BauGB, BBodSchG⁷

- ☒ Keine Einwände
- ☐ Einwände
- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☒ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes befinden sich nach dem derzeitigen Kenntnisstand im Altlastenkataster des Landkreises Dahme-Spreewald keine Altlasten bzw. altlastverdächtigen Flächen gemäß § 2 Abs. 5 und 6 BBodSchG.

Die Inanspruchnahme der derzeitigen Landwirtschaftsfläche zu einer Fläche für eine Wohnbebauung, welche den überwiegenden Teil des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes ausmacht und außerhalb der Klarstellungssatzung liegt, wird aus bodenschutzrechtlicher Sicht kritisch gesehen. Gemäß § 1 Abs. 2 BauGB sind Alternativstandorte zu prüfen.

Untere Bauaufsichtsbehörde

- ☒ Keine Einwände
- ☐ Einwände
- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☒ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Das Plangebiet befindet sich in einem mit Kampfmitteln belasteten Gebiet. Mit den Bauunterlagen ist eine Kampfmittelfreiheitsbescheinigung vorzulegen.

Brandschutzdienststelle gemäß BbgBO⁸, BbgBKG⁹, BbgBauVorIV¹⁰

- ☒ Keine Einwände
- ☐ Einwände
- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☒ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Die Zufahrtwege und Stellflächen sind gemäß § 5 BbgBO i. V. m. der "Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr" herzustellen.

Die Löschwasserversorgung (Grundschutz) ist gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 BbgBKG in Verantwortung der Gemeinde Münchehofe, Hermsdorf als Aufgabenträger für den örtlichen Brandschutz zu gewährleisten.

Zur Brandbekämpfung ist für das gesamte Gebiet eine Löschwasserversorgung von mindestens 48 m³/h über einen Zeitraum von mindestens zwei Stunden zu gewährleisten. Diese Menge muss in einem Umkreis von 300 m sichergestellt werden, wobei Zäune, Bauwerke und natürliche Hindernisse zu berücksichtigen sind (§ 3 Abs. 1 BbgBKG i. V. m. dem DVGW-Arbeitsblatt W 405).

Innerhalb der Gemeinde Münchehofe, Hermsdorf wird von einer angemessenen Löschwasserversorgung ausgegangen. Die Sicherstellung der erforderlichen Löschwasserversorgung gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 BbgBKG ist bei neu zu errichtenden baulichen Anlagen innerhalb des Baugenehmigungs-/Anzeigeverfahrens nachzuweisen (§ 11 Abs. 1 Nr. 7 BbgBauVorIV).

Untere Denkmalschutzbehörde gemäß BauGB, BbgDSchG¹¹, Denkmalliste¹²

Baudenkmalschutz

- ☒ Keine Einwände
- ☐ Einwände
- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☐ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Bodendenkmalschutz

- ☒ Keine Einwände
- ☐ Einwände
- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☒ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes berührt teilweise das unter der Nummer 12875 in die Denkmalliste des Landes Brandenburg eingetragene Bodendenkmal "Mittelalterlicher Dorfkern von Hermsdorf, Fundplatz 8". Eine nachrichtliche Übernahme gemäß § 9 Abs. 6 BauGB ist vorzunehmen.

Die nachfolgenden Hinweise zum Bodendenkmalschutz sind in der Begründung und in der Planzeichnung zu korrigieren:

Der Planbereich berührt das in die Denkmalliste des Landes Brandenburg eingetragene Bodendenkmal Nummer 12875 "Mittelalterlicher Dorfkern von Hermsdorf" (i. S. von § 2 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 4 BbgDSchG i. V. m. § 3 Abs. 1 BbgDSchG). Die Bestimmungen des BbgDSchG sind zu beachten.

Bei geplanten Bodeneingriffen gilt, die Realisierung von Bodeneingriffen (z. B. Tiefbaumaßnahmen) ist erst nach Abschluss archäologischer Dokumentations- und Bergungsmaßnahmen in organisatorischer und finanzieller Verantwortung der Bauherrn (§ 9 Abs. 3 und Abs. 4 BbgDSchG, § 7 Abs. 3 und Abs. 4 BbgDSchG) und Freigabe durch die Denkmalschutzbehörde zulässig. Erd-eingriffe in ein Bodendenkmal sind erlaubnispflichtig (§ 9 Abs. 1 BbgDSchG).

Amt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft

- ☒ Keine Einwände
- ☐ Einwände

- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☐ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Kataster- und Vermessungsamt

- ☒ Keine Einwände
- ☐ Einwände
- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☐ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Bauleit- und strategische Planung gemäß BauGB

- ☒ Keine Einwände
- ☐ Einwände
- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☒ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Für die Gemeinde Münchehofe liegt noch kein rechtskräftiger Flächennutzungsplan vor. Die unter Punkt 1.1 und 1.61 der Begründung benannte Entwicklung der Planung aus dem Flächennutzungsplan gemäß § 8 Abs. 2 BauGB sowie die benannte Berichtigung des Flächennutzungsplanes gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB ist somit falsch. Gemäß § 8 Abs. 4 Satz 1 BauGB ist ein vorzeitiger Bebauungsplan zulässig, wenn dringende Gründe die Planung erfordern und wenn der Bebauungsplan der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung nicht entgegensteht. Die Begründung ist um entsprechende Aussagen zu ergänzen. Gemäß § 10 Abs. 2 BauGB bedarf der Bebauungsplan aufgrund des fehlenden Flächennutzungsplanes der Genehmigung durch die höhere Verwaltungsbehörde.

Unter Punkt 1.6.3 der Begründung wird festgestellt, dass der Geltungsbereich des geplanten Bebauungsplanes in der rechtskräftigen Satzung als Ergänzungsfläche festgelegt ist. Diese Aussage ist nicht korrekt (siehe auch Punkt 2.1 der Begründung), für den Gemeindeteil Hermsdorf existiert keine rechtskräftige Satzung nach dem BauGB. Die Anrechnung auf die Eigenentwicklungsoption nach LEP HR ist somit neu zu bewerten.

Die textliche Festsetzung Nr. 1 zur Art der baulichen Nutzung ist auszuformulieren, damit auch der Information suchende Bürger die zulässigen und unzulässigen Nutzungen verstehen kann. Die bloße Angabe des Paragraphen mit Absatz und zulässiger bzw. unzulässiger Nummer ist hierfür nicht geeignet. Bereits das Planungsbüro kommt hier durcheinander; die Erläuterungen für die Unzulässigkeit der ausnahmsweise zulässigen Nutzungen (Punkt 2.3.1 und 4.2.1 der Begründung) stimmen nicht mit der textlichen Festsetzung Nr. 1 überein. Die Begründung und die textliche Festsetzung sind in Übereinstimmung zu bringen.

Die zeichnerische Festsetzung der Baugrenze ist nicht eindeutig und bestimmt. Es ist z. B. durch eine textliche Festsetzung klarzustellen, dass die Baugrenze im hinteren Bereich identisch mit dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist. Auch kann die Baugrenze vollständig (mit rückwärtiger Begrenzung) dargestellt werden. Generell ist die Baugrenze jedoch unter Beachtung der Lage des Plangebietes im Randbereich des Gemeindeteiles Hermsdorf und somit im Übergang zum Außenbereich sowie unter Beachtung des § 1a Abs. 2 Satz 1 BauGB zu reduzieren. Aus städtebaulicher Sicht ist eine straßenbegleitende Baugrenze mit einer Tiefe von maximal 30 m für eine ortstypische Bebauung ausreichend.

Die Straßenbegrenzungslinie ist im zukünftigen Satzungs-exemplar deutlicher darzustellen.

Die Ausführungen zur ÖPNV-Erschließung unter Punkt 2.4.2 der Begründung sind nicht korrekt. Der Regionalexpress RE 2 bedient nicht den Bahnhof Halbe. Desweiteren handelt es sich nicht um die Regionalbahn RB 14, sondern um die RB 24. Diese Regionalbahn verkehrt stündlich. Für das Plangebiet unmittelbar relevant ist der ÖPNV-Zugang "Hermsdorf (bei Münchehofe)", welcher durch die RVS-Buslinie 725 bedient wird. Der Fahrplan der Linie 725 berücksichtigt den ggf. notwendigen Übergang am Bahnhof Halbe. Schwerpunkt ist die Absicherung des Schülerverkehrs, da Hermsdorf ein sehr kleiner Gemeindeteil ist. Grundsätzlich ist die ÖPNV-Erschließung entsprechend dem gültigen Nahverkehrsplan für den übrigen ÖPNV erst bei Siedlungseinheiten ab 100 Einwohnern sicherzustellen. Aus Sicht des Landkreises ist eine bedarfsge-rechte Erschließung aber bereits jetzt gegeben.

Die zitierten Rechtsgrundlagen sind vor Satzungsbeschluss zu aktualisieren (BauGB, BNatSchG). Die Stellplatzsatzung der Stadt Märkisch Buchholz ist als eine im Plangebiet zu beachtende ? Satzung ergänzend nachrichtlich gemäß § 9 Abs. 6 BauGB aufzunehmen. *Mit der keine Stellplatzsatzung*

Das Ergebnis der Abwägung ist unter Angabe des im Schriftkopf benannten Aktenzeichens gemäß § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen.

Eine Kopie der Stellungnahme erhält das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung, Referat GL 5, in Potsdam.

Mit freundliche Grüßen
In Vertretung



Zettwitz
Beigeordnete und Dezernentin

- ¹ Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1728)
- ² Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 290 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328)
- ³ Verordnung des Landkreises Dahme-Spreewald zum Schutz von Bäumen und Hecken (Baumschutzverordnung - BaumSchV LDS) vom 09.02.2011, in Kraft getreten am 11.02.2011 (ABl. für den LDS Nr. 8 S. 4 ff.)
- ⁴ Brandenburgisches Wassergesetz (BbgWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. März 2012 (GVBl. I/12 Nr. 20), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. Dezember 2017 (GVBl. I/17, Nr. 28)
- ⁵ Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1408)
- ⁶ Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) vom 18. April 2017 (BGBl. I 2017 S. 905)
- ⁷ Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 3 der Verordnung vom 27. September 2017 (BGBl. I S. 3465)
- ⁸ Brandenburgische Bauordnung (BbgBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. November 2018 (GVBl. I/18 Nr. 39)
- ⁹ Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz des Landes Brandenburg (Brandenburgisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz - BbgBKG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. I S. 197), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 19. Juni 2019 (GVBl. I Nr. 42)
- ¹⁰ Verordnung über Vorlagen und Nachweise in bauaufsichtlichen Verfahren im Land Brandenburg (Brandenburgische Bauvorlagenverordnung - BbgBauVorIV) vom 7. November 2016 (GVBl. II/16 Nr. 60), geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 15. Oktober 2018 (GVBl. I/18 Nr. 22, S. 29)
- ¹¹ Gesetz zur Neuordnung des Denkmalschutzrechtes im Land Brandenburg (Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz - BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. I S. 215 ff.)
- ¹² Denkmalliste des Landes Brandenburg vom 22. Dezember 2004 (Amtsblatt für das Land Brandenburg Nr. 3 vom 26. Januar 2005 S. 34 ff.), zuletzt aktualisiert am 21. Januar 2020 (Amtsblatt für das Land Brandenburg Nr. 6 vom 12. Februar 2020 S. 138 ff.) - fünfzehnte Aktualisierung

